

Unverkäufliche Leseprobe

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

Dieses Buch ist der unveränderte Reprint einer älteren Ausgabe.

Erschienen bei FISCHER Digital

© 2018 S. Fischer Verlag GmbH,

Hedderichstr. 114, D-60596 Frankfurt am Main

Printed in Germany

ISBN 978-3-596-31997-8

Fischer

Weitere Informationen finden Sie auf

www.fischerverlage.de.

Mit ihren vielen Sprachen, Traditionen, kulturellen und politischen Identitäten bildet die heutige Bevölkerung Europas das Ergebnis ausgedehnter Wanderungsbewegungen, die in der Antike einsetzen und im ersten nachchristlichen Jahrtausend mit den Wanderungen der Germanen einen Höhepunkt erreichten.

Geary beschreibt radikale Diskontinuitäten, fließende Übergänge und eine hohe Komplexität und Dynamik als charakteristische Merkmale der spätantiken und frühmittelalterlichen Geschichte der europäischen Bevölkerung und zeigt, wie militärische und politische Eliten gern die Erinnerung an vergangene Namen und Ereignisse beschworen, um sie in den Dienst ihrer eigenen Machtinteressen zu stellen.

In Wirklichkeit sind weder die Völker Europas noch ihre mutmaßlichen Ansprüche auf Autonomie sonderlich alt. Der Verfasser analysiert die Souveränitätsansprüche, die heutzutage in Ost- und Mitteleuropa geltend gemacht werden, als Produkt des 19. Jahrhunderts, das die romantischen politischen Philosophien Hegels und Rousseaus mit einer »wissenschaftlichen« Geschichte und indogermanischen Philologie kombinierte.

Fazit: Sowenig die Franken Chlodwigs die Franken Karls d. Gr. sind, sowenig sind die Serben der Schlacht bei Kosovo (1389) die Serben von Milosevic.

Patrick J. Geary, studierte Mittelalterliche Geschichte, PhD der Yale University, New Haven; seit 1993 ist er Professor für Mittelalterliche Geschichte an der University of California, Los Angeles (UCLA) und Direktor des Center for Medieval and Renaissance Studies. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter »Die Merowinger« (C.H. Beck, 1996). Eine Lizenzausgabe des vorliegenden Buches erschien 2001 bei Princeton University Press unter dem Titel »The Myth of Nations. The Medieval Origins of Europe«.

Europäische Geschichte

Herausgegeben von Wolfgang Benz

Konzeption: Wolfgang Benz,
Rebekka Habermas und Walter H. Pehle

Wissenschaftlicher Beirat:

Natalie Zemon Davis, Princeton/Toronto

Richard van Dülmen, Saarbrücken

Richard J. Evans, Cambridge

Bronislaw Geremek, Warschau

Hermann Graml, München

Eric. J. Hobsbawm, London

László Kontler, Budapest

Arno J. Mayer, Princeton

Wilfried Nippel, Berlin

Jean-Claude Schmitt, Paris

Europäische Geschichte

Patrick J. Geary

Europäische Völker im frühen Mittelalter

Zur Legende vom Werden der Nationen

Aus dem Amerikanischen
von Elisabeth Vorspohl



Fischer
Taschenbuch
Verlag

2. Auflage: Dezember 2002

Originalausgabe

Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag,
ein Unternehmen der S. Fischer Verlag GmbH,
Frankfurt am Main, Februar 2002

© 2002 Fischer Taschenbuch Verlag in der S. Fischer Verlag GmbH,
Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Walter H. Pehle

Satz: Fotosatz Otto Gutfreund GmbH, Darmstadt

Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 3-596-60111-8

Inhalt

Einleitung: Die Krise der europäischen Identität	9
Ethnizität und Nationalismus im 19. Jahrhundert	25
Ethnischer Nationalismus und das Zeitalter der Revolution	26
Gruppenidentität vor dem Nationalismus	29
Revolutionärer Chauvinismus	31
Philologie und Nationalismus	39
Eine gefährliche Erbschaft	44
Ethnoarchäologie	45
Der Giftmüll	46
Verwirrung zwischen Vergangenheit und Gegenwart	48
Die Erfindung der Völker in der Antike	53
Naturvölker und das Volk der Römer	54
Herodots Erben	58
Die Gentes und der Populus	62
Die Ungläubigen und das Volk Gottes	65
Soziale Identität in der christlichen Antike	67
Klassische Ethnographie und die Wanderungen der Barbaren	69
Die Völker Europas in der Spätantike	72
Barbaren und andere Römer	77
Klasse, regionale und religiöse Identität im Kaiserreich	77
Das römische Zentrum	85
Soziale Identität in der barbarischen Welt	88
Krise und Restauration	94
Restauration und Transformation	98
Innere Transformation	105

Neue Barbaren und neue Römer	109
Das Bündnis der Hunnen	111
Barbarische Ethnogenese im Imperium	115
Römische Provinzialen im 5. und 6. Jahrhundert	120
Neues Land und neue Identität	124
Barbarische Ethnogenese im Norden	130
Schlußfolgerung: alte Namen und neue Völker	134
Die letzten Barbaren?	136
Verschmelzungsprozesse innerhalb der westlichen Königreiche	136
Das Langobardenreich in Italien	136
Westgotisches Spanien	144
Fränkische Identität bis zum 8. Jahrhundert	153
Die neue barbarische Welt	159
Neue europäische Völker	170
Abschließende Überlegungen	174
Europäer als Zulu	177
Zulu und Europäer	191
Anhang	197
Anmerkungen	199
Zeittafel	208
Auswahlbibliographie	210
Dank	213
Register	215

Einleitung:

Die Krise der europäischen Identität

Wenn Westeuropäer in die Zukunft blickten, galten ihre Gedanken noch vor wenigen Jahren praktisch ausschließlich der endgültigen Verwirklichung der Wirtschafts- und Finanzreformen, die 1992 von der Europäischen Union beschlossen worden waren. Die einen freuten sich auf die Währungsunion, die Aufhebung innereuropäischer Zollschränke und die freie Beweglichkeit der Bürger. In anderen weckten diese Aussichten ein gewisses Zaudern oder sogar Angst. Im großen und ganzen jedoch betrachteten die in der EU zusammengeschlossenen Staaten die europäischen Probleme in einer sehr beschränkten Perspektive. Erstens vertraten sie eine bemerkenswert engstirnige Auffassung dessen, was Europa konstituierte. Zweitens sahen sie ihre Herausforderungen eher in den ökonomischen Problemen der Zukunft als in den hochgradig emotional besetzten Problemen der Vergangenheit. Allein der Name ihrer Organisation verriet die sorglose Kurzsichtigkeit, die durch die politische Konfiguration der Nachkriegszeit ermöglicht worden war. Die »Europäische Gemeinschaft« war keineswegs eine europäische Gemeinschaft. Es war in Wirklichkeit die westeuropäische Gemeinschaft, der allein schon der Beitritt Griechenlands erhebliche Probleme bereitet hatte. Für die beteiligten Nationen hörte »Europa« am sogenannten Eisernen Vorhang auf: dahinter lagen die Staaten des Warschauer Pakts, arme, aber gottlob entfernte Verwandte, die für die ökonomischen und zunehmend sogar für die militärischen Interessen der Gemeinschaft keine wesentliche Rolle spielten.

Innerhalb ihres »Kleineuropas« erschienen die alten Probleme – Nationalismus, wirtschaftlicher Wettbewerb und soziale Spannungen – wenn nicht vollständig lösbar, so doch zumindest handhabbar. Separatistenbewegungen in Nordirland, auf Korsika und in Nordspanien vergossen weiterhin Blut, aber ihr Operationsgebiet war begrenzt, und ihre geographische Isolation wirkte zu-

sätzlich beruhigend. In anderen Regionen wie in Südtirol, in der Bretagne und in Katalonien waren die mikro-nationalistischen Bewegungen der 70er Jahre im Grunde zu folkloristischen Touristenattraktionen abgesunken. Selbst die Feindseligkeiten zwischen Wallonen und Flamen in Belgien wurden beigelegt, als Brüssel in den Rang der EU-Hauptstadt aufrückte. Die nationalen Grenzen, seit Jahrhunderten *Causae belli*, waren durch Verträge fixiert und durch die Schlußakte von Helsinki garantiert worden, mit dem Inkrafttreten des 1992 verabschiedeten Programms jedoch würden sie ihre Bedeutung verlieren. England schwankte weiterhin, ob es sich zu Europa bekennen sollte oder nicht, der Rest des Vereinigten Königreiches aber zauderte nicht, und zudem versprach der »Tunnel« eine Verbindung zwischen Frankreich und England, die der geographischen und psychologischen Isolation der Insel ein dauerhaftes Ende bereiten würde. Nach einer vierzigjährigen militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die oft genug Anlaß zu Mißmut gegeben hatte, war für die Europäische Gemeinschaft der entscheidende Moment gekommen, um weltweit als gleichberechtigter Partner aufzutreten und nicht nur die angeschlagenen USA, sondern auch ein starkes Japan als beherrschende Wirtschaftsmacht herauszufordern. In der »brave new world«, die mit dem Europa von 1992 Wirklichkeit werden sollte, gab es für nationalistische Probleme schlichtweg keinen Platz.

Heute erscheint uns eine solche Sichtweise geradezu unglaublich naiv. Innerhalb weniger turbulenter Monate fiel jener Eiserne Vorhang, der nicht nur den Osten isoliert, sondern auch den Westen geschützt hatte, und gab den Blick auf ein abgrundtief gefährliches Europa von gewaltigen Dimensionen frei, das sich bis an den Ural erstreckte. Schon bald verdrängten Unbehagen und Angst die zunächst grenzenlos enthusiastische Reaktion der westlichen Demokratien, als aus Moskau eine seismische Schockwelle nach der anderen heranrollte und die politische Landschaft Europas, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestanden hatte, unwiderruflich veränderte. Gleichzeitig lösten die Folgen der seit vierzig Jahren praktizierten Regierungsmaßnahmen, die in Frankreich und Deutschland den Bedarf an billigen Arbeitskräfte decken und die

Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber dem Empire einlösen sollten, in diesen westlichen Demokratien eine Identitätskrise und fremdenfeindliche Reaktionen aus.

In Ost und West kehrten Nationalismus, Ethnozentrismus, Rassismus – Gespenster, die man der europäischen Seele seit langem ausgetrieben zu haben glaubte – nach fünfzigjährigem Schlummer mit verstärkter Macht zurück. Das letzte große europäische Reich, die Sowjetunion, zerfiel in Republiken, die allesamt nach Autonomie strebten und heute zum Großteil nicht stabiler sind als die Union, aus der sie sich befreien wollten. Der einst mächtige Warschauer Pakt existiert nicht mehr. An seine Stelle trat eine ganze Reihe hochverschuldeter, um ihre Existenz ringender Kleinstaaten, die durch ethnische Spannungen zerrissen werden und irgendwo einen Platz in der neuen Weltordnung finden müssen. Ein vereintes Deutschland sucht nach einer neuen Identität, und auf den Straßen hört man die Parole: »Deutschland den Deutschen!« Auf dem Balkan, dem Pulverfaß des 19. Jahrhunderts, brach erneut ein mit brutaler Gewalt geführter Bürgerkrieg aus. Diese außerordentlichen und keineswegs abgeschlossenen Entwicklungen haben den Westen nicht weniger nachhaltig als den Osten erschüttert. Das Ergebnis ist eine tiefe Identitätskrise, die Anlaß zu der Frage gibt, wie Europäer sich selbst und ihre eigenen Gesellschaften, aber auch ihre Nachbarn sehen.

»Welch eine Ironie, daß Mitteleuropa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts genauso aussieht wie am Ende des neunzehnten.« Wie recht der österreichische Historiker, der diese Beobachtung 1991 formulierte, hatte, zeigt sich mit dem Abstand eines Jahrzehnts besonders deutlich. Auf dem Balkan und im Baltikum, in der Ukraine, in Rußland und auf der Krim werden wieder einmal die uralten Ansprüche auf nationale Souveränität erhoben. Ethnische Gemeinwesen, die zu einem Leben unter dem internationalistischen Banner des Sozialismus gezwungen worden waren, können ihre alten Blutfehden nun ungehindert fortsetzen. Scheinbar unlösbare Probleme wie Minderheitenrechte, religiöse und sprachliche Unterschiede, die an der Auslösung von zwei Weltkriegen beteiligt waren, stehen erneut im Zentrum der europäischen Aufmerksamkeit. Der Kommunismus ist nicht nur diskreditiert – alles, was der

Sozialismus einst bekämpft hat, ist heute wieder *en vogue*. Das bedeutet nicht nur, daß Kapitalismus und Individualismus populär geworden sind, sondern auch Antisemitismus, religiöser Chauvinismus und ein atavistischer Rassismus. Polnische Politiker rivalisieren miteinander, um zu beweisen, wer »am polnischsten« ist; die Ungarn fachen ihre Konflikte mit den Rumänen im Süden und den Slowaken im Norden wieder an. Serben und Kroaten morden sich gegenseitig und bringen den Bosniern im Namen nationaler Rechte den Tod. Die Serben unternahmen einen massiven Vorstoß, um die Albaner aus ihrem »heiligen« Kosovo zu vertreiben, und nach den Schrecken der Nato-Luftangriffe nahmen die Kosovo-Albaner mit der gleichen Brutalität, die sie durch ihre früheren Unterdrücker kennengelernt hatten, Rache an der serbischen Minderheit. Ethnische, über das ehemalige sowjetische Imperium zersplitterte Gruppen fordern ihr Recht auf politische Selbstbestimmung ein. Niemand kann bisher sagen, ob sich die Greuel von Tschetschenien als Vorläufer weiterer Gewalttätigkeiten erweisen werden.

Da all diese Völker Regionen bewohnen, in denen andere ethnische Minderheiten zu Hause sind, und die meisten dieser Völker auch Angehörige haben, die ihrerseits als Minderheiten in Regionen leben, die von anderen Völkern dominiert werden, müssen ethnisch begründete Forderungen nach politischer Autonomie unweigerlich zu Grenzkonflikten, zur Unterdrückung der Rechte betroffener Minderheiten und zu Unruhen in der Zivilbevölkerung führen, da jede Gruppe bestrebt sein wird, »ihren« ethnisch homogenen Territorialstaat zu errichten – auch um den Preis brutaler »ethnischer Säuberungen«.

Bedrohlicher noch als das potentielle Wiederaufleben separatischer Bewegungen sind für die politische Stabilität des Westens die neuen ethnischen Minderheiten, die sich insbesondere in Deutschland und Frankreich herausgebildet haben. »Die Bundesrepublik war ein gutes Vaterland«, erklärte mir ein deutscher Kollege 1990 in nostalgischer und besorgter Stimmung. Ob das neue Deutschland zu seinen Kindern ebenso gut sein wird, bleibt offen. Die Vereinigung und der Aufenthalt Tausender Flüchtlinge aus dem Osten haben eine für die vergangenen fünfzig Jahre beispiellose Krise ausgelöst, die das Selbstverständnis und das Fremdbild der

Mehrheiten tiefgreifend beeinflusst. Die Generation, die das deutsche Wirtschaftswunder geschaffen hat, tritt nun in den Ruhestand, und ihre Kinder und Enkelkinder, die in der behaglichen Bonner Republik groß wurden, scheinen keineswegs versessen darauf zu sein, ihre armen Vettern aus dem Osten an ihrem guten Leben zu beteiligen. So fällt heute für die Ostdeutschen jener Teil der westlichen Wirtschaft ab, der zuvor den stummen Partnern des deutschen Wirtschaftswunders zugestanden wurde, den »Gastarbeitern« aus der Türkei und vom Balkan, die von den zahllosen Arbeitsuchenden, für die es in der ehemaligen DDR kein Auskommen mehr gibt, verdrängt werden und nach Frankreich und Belgien ausweichen. Diese ostdeutschen Arbeitskräfte, die in ihrer Heimat keine Beschäftigung finden und sich in den westlichen Ländern großteils mit Niedriglohnjobs zufriedengeben müssen, blicken mit Mißtrauen auf die Türken und Slawen, die sich bereits in Deutschland niedergelassen haben, und bekunden ihre unverhohlene Verachtung für Polen, Rumänen und all die anderen, die auf ein besseres Leben im neuen Deutschland hoffen. Gleichzeitig werden durch den Abzug von Bundesmitteln aus der alten BRD und ihre Investition in den östlichen Länder Feindseligkeit und Spannungen bei jenen geweckt, die sich an ein großzügiges staatliches Unterstützungssystem gewöhnt haben.

Die extreme Reaktion auf diese Situation ist das Wiederaufleben rechtsextremer Gruppierungen in den Städten der neuen Bundesländer. Eine weniger extreme, möglicherweise aber gefährlichere Reaktion ist die neuerliche Debatte über die Frage, wer berechtigt sei, am deutschen Wohlstand teilzuhaben. Schon im Grundgesetz der Bundesrepublik ist das »Recht auf Rückkehr« verankert, das die Nachfahren deutschsprechender Bewohner Osteuropas, die Deutschland selbst nie gesehen haben und häufig auch nicht deutsch sprechen, zum Beispiel gegenüber Türken bevorzugt, die in Deutschland geboren wurden und aufgewachsen sind. Wer ist ein Deutscher? Kann ein Emigrant Deutscher werden, oder ist die deutsche Identität eine Sache des Blutes, der Rasse? Ist die deutsche Identität mit ihrer christlichen »Leitkultur«, die für Moslems, Juden, Angehörige aller anderen Religionen und jeden Nichtreligiösen verbindlich sein soll, ein für allemal festgeschrieben? Diese

Fragen sind in der Vergangenheit schon einmal gestellt worden – mit furchtbaren Konsequenzen.

Da die Bundesrepublik an der Umwandlung Europas unmittelbar und aufs engste beteiligt war, tritt das deutsche Dilemma besonders deutlich zutage, einzigartig aber ist es deshalb keineswegs. In Frankreich gibt die Anwesenheit von Millionen Moslems – teils Nachkommen von Nordafrikanern, teils Einwanderer, die sich erst seit kurzem legal oder illegal im Lande aufhalten – erneut Anlaß zu einer durchaus besorgniserregenden Auseinandersetzung mit der nationalen Identität. Die Angst vor einer Islamisierung Frankreichs ließ die fremdenfeindliche Rechte, die »französisch« eher rassisch und kulturell als politisch definiert, wiederaufleben, so daß sie nun über ein Drittel der Gesamtwählerschaft auf ihrer Seite weiß. Der ehemalige französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing zum Beispiel bezeichnete die Immigration nach Frankreich im September 1991 als Invasion und forderte, das »droit du sol« (»Recht des Grundbesitzes«) als Bedingung für den Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft durch das »droit du sang« (»Recht des Blutes«) zu ersetzen.¹

Gleichzeitig versuchen Frankreich und Belgien, mit dem Problem der Flüchtlinge fertig zu werden, die bereits aus Deutschland abgeschoben wurden und nun den Millionen arbeitsloser oder unterbeschäftigter Nordafrikaner Konkurrenz machen. Italien und Griechenland wurden von albanischen Flüchtlingen überschwemmt, die einer zusammengebrochenen Wirtschaft und einem bankrotten politischen System zu entkommen versuchten. Die österreichische Republik fürchtet, in den vor ihren Toren tobenden Bürgerkrieg hineingezogen zu werden, und versucht ebenfalls, Tausende von Flüchtlingen aus Rumänien, Bulgarien und dem ehemaligen Jugoslawien unterzubringen. In diesem Land, das sich lange in dem Mythos »Erstes Opfer der Nazi-Aggression« sonnte und während des kalten Krieges die Vorteile seiner Neutralität genoß, konnte sich eine Partei mit massiven chauvinistischen und fremdenfeindlichen Elementen als drittstärkste politische Bewegung etablieren.

Sind die Nationen der Europäischen Gemeinschaft »Einwanderungsländer«, oder sollen die mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Vorteile lediglich den »echten« Franzosen, Italienern, Dänen

und Briten zuteil werden? Allein die Tatsache, daß solche Fragen in der Diskussion sind, beweist, wie überaus lebendig die scheinbar diskreditierte nationalistische und rassistische Agenda geblieben ist.

Auch wenn das aktuelle europäische Geschehen im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, darf man nicht vergessen, daß die übrige Welt und insbesondere die Vereinigten Staaten gegen diese ideologischen Tendenzen nicht immun sind. Die USA werden heute zwar von vielen als eine polyethnische Einwanderungsnation betrachtet, aber so ist es nicht immer gewesen. Wichtige Teile der politischen Führung kämpfen nach wie vor um Anhänger, indem sie Ängste vor dem Verlust einer nationalen, eng an die nationale Tradition und die englische Sprache gebundenen Identität schüren.² Überraschen kann uns dies nicht: Nach dem Wunsch des dritten US-Präsidenten Thomas Jefferson sollten ursprünglich Hengist und Horsa, die Anführer der ersten Sachsen, die nach Britannien kamen (und die Eroberung der Insel in Angriff nahmen), das große Siegel der Vereinigten Staaten zieren. Jefferson vertrat die Auffassung, daß »wir die Ehre für uns beanspruchen dürfen, von Hengist und Horsa abzustammen, deren politische Grundsätze und deren Regierungsform wir übernommen haben.«³ Während des ganzen 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde ein rassistisches Angelsachsentum ideologisch instrumentalisiert, um Iren, Südeuropäer und Asiaten aus Amerika auszuschließen. Heute kocht die Leidenschaft hoch, wenn haßerfüllte Politiker das Gespenst eines Amerikas beschwören, in dem Englisch nicht die einzige offizielle Sprache ist.

Einem Historiker des frühen Mittelalters, der diese Probleme unmittelbar beobachtet, den Redeschwall nationalistischer Führer hört und die von offiziellen und quasi-offiziellen Historikern verfaßte Fachliteratur sichtet, fällt sofort auf, wie zentral die Interpretation der Zeitphase von ca. 400 bis 1000 für diese Debatte ist. Plötzlich ist die über eintausend Jahre alte Geschichte Europas alles andere als eine rein akademische Angelegenheit: Die Interpretation jener Epoche, in der das römische Imperium unterging und die Barbaren zu ihren Wanderungen aufbrachen, ist zum Drehpunkt des politischen Diskurses geworden, der weite Teile Europas erfaßt hat.